

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

17. WP - 27. Sitzung

## **Finanzausschuss**

17. WP - 53. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. Juni 2011, 14 Uhr  
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses:**

Susanne Herold (CDU) Vorsitzende  
Heike Franzen (CDU)  
Daniel Günther (CDU)  
Marion Herdan (CDU)  
Wilfried Wengler (CDU)  
Martin Habersaat (SPD)  
Dr. Henning Höppner (SPD)  
Hans Müller (SPD)  
Cornelia Conrad (FDP)  
Kirstin Funke (FDP)  
Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ellen Streitbürger (DIE LINKE)  
Anke Spoorendonk (SSW)

**Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses:**

Peter Sönnichsen (CDU) Vorsitzender  
Johannes Callsen (CDU)  
Tobias Koch (CDU)  
Hans Hinrich Neve (CDU)  
Ursula Sassen (CDU) i. V. v. Astrid Damerow  
Birgit Herdejürgen (SPD)  
Jürgen Weber (SPD)  
Oliver Kumbartzky (FDP)  
Katharina Loedige (FDP)  
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ulrich Schippels (DIE LINKE)  
Lars Harms (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antje Jansen (DIE LINKE)

### **Fehlende Abgeordnete**

Olaf Schulze (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Bericht des Wissenschaftsministers Jost de Jager über den aktuellen Stand  
zum Markterkundungsverfahren UK S-H**

Umdruck 17/2494

Die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Abg. Herold, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**Bericht des Wissenschaftsministers Jost de Jager über den aktuellen Stand zum Markterkundungsverfahren UK S-H**

Umdruck 17/2494

M de Jager stellt die Ergebnisse des Markterkundungsverfahrens vor, Umdruck 17/2494. Sein Ziel sei, dass das Kabinett im August unter Einbeziehung der Empfehlung des Wissenschaftsrats über das zukünftige Modell entscheide und angesichts der Dringlichkeit der baulichen Sanierung des UK S-H noch in diesem Jahr das Vergabeverfahren beginne, zu dem es eine Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers geben müsse.

Abg. Heinold bittet darum, den Ausschüssen Einsicht in die Unterlagen des Markterkundungsverfahrens zu gewähren, und vermisst als Entscheidungsgrundlage Aussagen zur Wirtschaftlichkeit der unterschiedlichen Modelle.

Abg. Harms wirft die Frage auf, ob durch eine Auslagerung des UK S-H und seiner Schulden die Einhaltung der Schuldenbremse beziehungsweise Zahlung der Konsolidierungshilfe gefährdet sei.

Abg. Streitböcker bittet darum, folgende Formulierung zu Modell 2 zu konkretisieren: „Für die medizinischen Aufgaben werden zum Teil Versorgungsstrukturen mit Facharztzentren und Tageskliniken beschrieben. Zum Teil werden Personalkonzepte angesprochen, deren Umsetzung frühzeitig beginnen soll.“

M de Jager bietet an, den Ausschüssen die Unterlagen des Markterkundungsverfahrens zur vertraulichen Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen. Die ÖPP-Varianten seien mit der Schuldenbremse vereinbar. Die Klinikbetreiber seien an einer ÖPP-Variante im Wesentlichen nur dann interessiert, wenn es eine Privatisierungsoption gebe.

Dr. Hendriks, Leiter der Projektgruppe Strukturentwicklung Medizin, legt dar, die durchzuführende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung auf der Grundlage des Masterplans Hochschulme-

dizin sowie weiterer Prämissen und Standards werde sich im Kern auf das ÖPP-Bauverfahren beziehen. Der geschäftsbesorgende Krankenhausbetreiber werde das Personal in gewissem Umfang umstrukturieren mit der Zielrichtung einer Privatisierung und ein Personalkonzept erstellen.

Abg. Weber hält es für notwendig, dass beim Thema UK S-H ein breiter Konsens unabhängig von Wahlausgängen bestehe und das Universitätsklinikum in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft bleibe, sodass Modell 2 für die SPD nicht infrage komme.

Abg. Tietze problematisiert die Frage der Risikoverteilung zwischen Land und privatem Partner beim ÖPP-Modell sowie der Kontrolle des Forschungsbereichs beim Modell der Geschäftsbesorgung.

Auch Abg. Schippels spricht sich für einen Verbleib des UK S-H in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft aus, lehnt Modell 2 ab und erwartet bei ÖPP-Projekten eine nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsberechnung.

M de Jager entgegnet, das UKE-Modell bringe keinen wirtschaftlichen Vorteil für das Land. Der Bedarf an baulichen Investitionen sei an den Standorten Kiel und Lübeck etwa gleich groß; alle Unternehmen behielten sich vor, eigene Kostenschätzungen des Investitionsvolumens vorzunehmen. Eine zügige Realisierung des baulichen Masterplans in einem Stück, die zu einer spürbaren Rationalisierungsrendite in den betrieblichen Abläufen führe, sei nur durch privates Kapital möglich. Er sei sich sicher, dass der Betrieb eines Universitätskrankenhauses auf der Grundlage des Hochschulgesetzes im Zusammenspiel zwischen akademischen und wirtschaftlichen Interessen mit einem privaten Betreiber gelingen könne. Das Optionsmodell sei in erster Linie auf eine Privatisierung ausgerichtet.

Dr. Hendriks äußert, die Frage der Risikoverteilung und der Sicherheiten sei zwischen dem Land und dem Privaten vertraglich zu regeln. Die von den Konzeptreifeiern gewünschte Gewährträgerhaftung und Forfaitierung mit Einredeverzicht sei als Maximalforderung aufzufassen. Beim Modell der Geschäftsbesorgung übernehme der Klinikbetreiber das Management einschließlich der weißen Medizin und erstelle sofort ein Personalkonzept unabhängig von der Frage einer Privatisierung, die 2015 zur Debatte stehe.

MDgt Dr. Schäfer rückt für den Landesrechnungshof die Frage der Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund und fragt, welche Effizienzrenditen mit der Umsetzung der baulichen Maßnahmen verbunden seien.

Abg. Harms legt Wert darauf, dass sich das Modell an die bis 2015 geltende Anwendungsvereinbarung halte. Das UKE-Modell, das nach Seite 11 der Vorlage wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen könnte, sollte nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Er fragt, welche Art von Drittinvestoren auf welcher Basis Bar- und Sachmitteleinlagen leisten sollten.

Abg. Loedige spricht sich dafür aus, die vorgelegten Ergebnisse des Markterkundungsverfahrens unvoreingenommen zu prüfen und nicht von vornherein mehrere Optionen auszuschließen.

Abg. Weber macht darauf aufmerksam, dass eine Defusionierung des Klinikums gravierende Auswirkungen hätte. Er fragt, inwieweit sich die Eigentümer des Universitätskrankenhauses Eppendorf zur Übernahme des Lübecker Klinikums eingelassen und die Marktteilnehmer Vorschläge zur Änderung des Leistungskatalogs unterbreitet hätten.

Abg. Heinold erklärt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien dafür, die Krankenversorgung in öffentlicher Hand zu behalten. Umso wichtiger sei der Nachweis, dass entsprechende Modelle wie das Asset-Modell wirtschaftlich tragfähig seien. Es sei unsensibel, wenn die jetzige Landesregierung ungeachtet der bis 2015 geltenden Anwendungsvereinbarung kurz vor der Landtagswahl eine Entscheidung treffe, mit der der kommenden Regierung eine Privatisierung aufgezwungen werde.

M de Jager stellt klar, man prüfe die vorgeschlagenen Modelle vorurteilsfrei und wisse jetzt, welche Marktteilnehmer für welche Modelle unter welchen Bedingungen zur Verfügung stünden. Die Baumaßnahmen könnten durch Private um 20 bis 25 % günstiger erbracht werden, bei den betriebswirtschaftlichen Prozessen seien Effizienzvorteile von 20 % zu erreichen. Die ÖPP-Variante sei auch aufgrund der baulichen Kompetenzvorteile von Interesse. Die Frage, ob im Zuge der baulichen Gesamtmaßnahme die vom Land zu finanzierenden Bauten für Forschung und Lehre gleich mit verwirklicht würden, müsse geprüft werden. Das Markterkundungsverfahren sei bewusst offen angelegt gewesen. Er sei sich mit der Hamburger Wissenschaftssenatorin einig, dass unabhängig von Angeboten aus Hamburg die politische Entscheidung bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung liege.

Dr. Hendriks teilt zum UKE-Modell abschließend mit, die von UKE und nicht näher genannten Drittinvestoren eingebrachten 200 Millionen € müssten vom Klinikum als Miete zurückgezahlt werden. Im Modell 2 „Krankenversorgung als eine Geschäftsbesorgung“ könnte sich der Betreiber Facharztzentren und Tageskliniken vorstellen.

Der Bildungsausschuss und der Finanzausschuss nehmen die Information zum Stand des Markterkundungsverfahrens des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, Umdruck 17/2494, zur Kenntnis. Auf Wunsch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verständigen sich Ausschüsse und Minister, dass die Akten zu dieser Thematik den Mitgliedern der Ausschüsse für Bildung, Finanzen, Wirtschaft und Soziales zur vertraulichen Einsichtnahme zur Verfügung gestellt werden.

Die Bildungsausschussvorsitzende, Abg. Herold, schließt die Sitzung um 15:25 Uhr.

gez. Susanne Herold  
Bildungsausschussvorsitzende

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer

gez. Peter Sönnichsen  
Finanzausschussvorsitzender